

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten
– Drucksache 19/16500 –**

Jahresbericht 2019 (61. Bericht)

A. Problem

Der Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat der Wehrbeauftragte am 28. Januar 2020 dem Deutschen Bundestag seinen Jahresbericht für das Jahr 2019 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und
Annahme einer Entschließung.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf Drucksache 19/16500 folgende EntschlieÙung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht des Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 1. März 2021 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 28. Oktober 2020

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Kerstin Vieregge
Berichterstatlerin

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatlerin

Christine Buchholz
Berichterstatlerin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kerstin Vieregge, Dr. Eberhard Brecht, Berengar Elsner von Gronow, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Christine Buchholz und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten auf **Drucksache 19/16500** in seiner 167. Sitzung am 19. Juni 2020 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Sportausschuss, dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss digitale Agenda überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage in seiner 109. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 66. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 2. Oktober 2020 in seiner 67. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., in Kenntnis der Unterrichtung durch den Wehrbeauftragten die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene EntschlieÙung anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** dankte dem Wehrbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit und den interessanten Bericht. Sie verweist darauf, wie elementar die Arbeit der Wehrbeauftragten für die Truppe sei und begrüÙt die Kontinuität der Arbeit der jetzigen Wehrbeauftragten zu ihrem Amtsvorgänger. In dem vorliegenden Bericht werde, wie in anderen Berichten zuvor, die Beschaffung von Ausstattung für die Truppe kritisiert. Die zurückliegenden Jahre des Sparens sollten nicht mehr spürbar sein; hier bestehe dringender Handlungsbedarf. Positiv hervorzuheben sei jedoch die Stärkung der Resilienz gegen Extremismus in der Bundeswehr durch bereits ergriffene Maßnahmen sowie eine erfolgte Steigerung der Attraktivität des Dienstes.

Die **SPD-Fraktion** äußerte ebenfalls ihren Dank an den Wehrbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der 61. Jahresbericht zeige, dass bei der sachlichen Ausstattung und der Infrastruktur nach wie vor Mängel zu verzeichnen seien. Zwar sei die Zielmarke für die Vollaussattung für das Jahr 2031 im Fähigkeitsprofil vorgesehen, allerdings sollten bis dahin die Bemühungen um das Erreichen von Zwischenzielen nicht nachlassen und noch mehr Ehrgeiz entwickelt werden. Im Bereich Personal hätten sich die Stellenbesetzungsgrade leicht verbessert.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an den Wehrbeauftragten und sein Haus an. Zu kritisieren sei die in der Stellungnahme des BMVg sich zu den Vorberichten wiederholende Rhetorik, denn die Zahlen und Fakten hätten sich zum Vorjahr nicht verbessert. Sie wünsche sich daher eine Verbesserung der Realitäten im Hinblick auf die im Jahresbericht angesprochenen Defizite.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls beim Wehrbeauftragten und seinem Personal. Der Jahresbericht zeige auf, dass zwar mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, dies allerdings nicht vor Ort bei den Soldatinnen und Soldaten zu spüren sei. Auch in diesem Jahresbericht würden die gleichen Missstände wie in den Vorjahren dargestellt wie beispielsweise die mangelhafte Ausstattung, die mangelnde Einsatzbereitschaft des Materials sowie eine hohe Belastung der Soldatinnen und Soldaten. Sie wünsche sich mehr Kreativität bei der Problemlösung.

Die **Fraktion DIE LINKE** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an. Sie hebt positiv hervor, dass die aktuelle Amtsinhaberin andere Schwerpunkte als ihr Amtsvorgänger zu haben scheine. Kernaufgabe der Wehrbeauftragten sei der Grundrechtsschutz für die Soldatinnen und Soldaten. Dies sollte zukünftig wieder stärker im Fokus stehen. Zu kritisieren sei unter anderem die laxen Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und hob hervor, dass der Jahresbericht seiner Natur nach immer ein Mängelbericht sei. Auffällig sei jedoch, dass sich die Jahresberichte in ihrer Defizitanalyse gleicheten und Verbesserungen zu lange dauerten. Kritisiert werde insofern die Geschwindigkeit der Umsetzung, nicht die finanzielle Ausstattung.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Kerstin Vieregge
Berichterstatlerin

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatlerin

Christine Buchholz
Berichterstatlerin

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter